

# Die Zukunft der Linken ist rechts

**SP-RICHTUNGSKAMPF** / Die «Liberalen» in der Partei verraten die Basis, die nichts von Privatisierungen wissen will, und planen die «Umwandlung der SP in eine vierte bürgerliche Partei»: Das werfen

der Waadtländer Nationalrat und Gewerkschafter Pierre-Yves Maillard, Wortführer der Parteilinken, und drei weitere Linksozialisten\* den Verfassern des «Gurtenmanifests» vor («Bund» vom Freitag).

**E**in Manifest. Ein rechtes Manifest. Die politische Ausrichtung dieses Textes ist klar: die Umwandlung der schweizerischen Sozialdemokratie in eine vierte bürgerliche Partei. Von den Freisinnigen entlehene Positionen: «Rechte und Pflichten in der Sozialpolitik», oder mit anderen Worten: die Ersetzung des Versicherungsprinzips und jenes der Solidarität durch die Gleichung Barmherzigkeit und Bittgang. Anders

kommt von der SVP: «Wir müssen die Zuwanderung begrenzen» (die Unterzeichnenden des Manifests scheinen die Grenze bei 20 Prozent anzusetzen, die SVP sprach von 18 Prozent). Nichts Neues, nur ein paar dürftige Seiten voller Ideen von rechts.

Eigenverantwortung anstelle der solidarischen Unterstützung, weniger Staat, weniger Steuern, weniger Ausländerinnen und Ausländer, diese leeren Slogans, welche die Bürgerlichen schon seit Jahren verwenden, werden nicht weniger leer, wenn sie ein oder zwei Mitglieder der SP ausprechen. Der demokratische Sozialismus hat während des vergangenen Jahrhunderts den Beweis erbracht, dass man durch Kampf und Reform einen demokratischen Sozialstaat errichten kann, der uns sowohl vom stalinistischen Totalitarismus als auch vor dem neoliberalen Wildwuchs schützt. Die sozialdemokratischen Errungenschaften haben die Lebensqualität der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung erhöht, unsere Geschichte gründet auf einer klar umrissenen sozialdemokratischen Identität. Die SP Schweiz ist die Partei der demokratischen Auseinandersetzung. An jedem Parteitag werden Positionen vertreten, die auf den Abbau der Ungerechtigkeiten zielen. Wir sind für die Debatte offen. Aber dazu müssen gewisse Regeln beachtet werden.

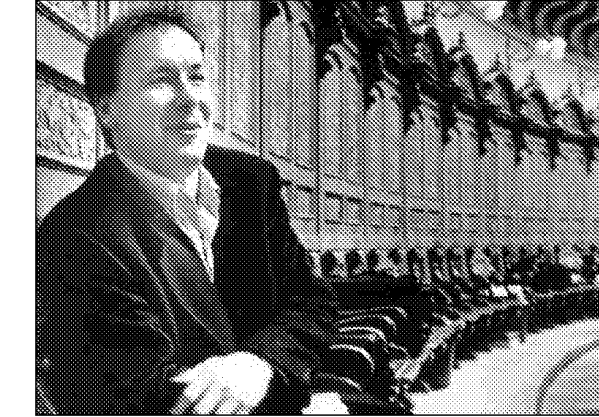
Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien ist die SP eine Bewegung, die vollumfänglich auf ihren Mitgliedern beruht. Zehn-

tausende von Menschen in der Schweiz haben sich eines Tages zur Mitgliedschaft entschieden. Sie haben akzeptiert, einen Beitrag zu zahlen und auf Kosten ihrer Freizeit an Sitzungen teilzunehmen. Sie sammeln Unterschriften, verteilen Rosen und Traktate und verheissen so bestimmten Leuten zur Wahl und damit zu Macht und Beachtung. Wenn die Gewählten die Richtung der Partei ändern wollen, ist es in der SP Brauch, den Kurswechsel intern demokratisch zu diskutieren, zuerst in den lokalen und kantonalen Sektionen, anschliessend auf nationaler Ebene. Dieses Vorgehen scheint schwierig. Aber es ist bloss demokratisch. Die Mitglieder der SP zahlen nicht Beiträge und rackern sich für die Partei ab, damit die Gewählten Reden halten, die den Überzeugungen der Parteimitglieder widersprechen. Wenn die SP-Leute in den Regierungen und Parlamenten eines Tages wegen ihres persönlichen Vermögens gewählt werden, sind sie frei, irgendwelche Positionen zu vertreten. Nur wird es dann keine SP mehr geben.

## Die Basis ist anders

Die Identität und Geschichte unserer Partei sind eng verbunden mit den Schranken, die wir der Marktwirtschaft setzen wollen. In dieser Frage hatten wir in den letzten Jahren die grösste Mühe, eine klare Position zu vertreten. Aber am Parteitag in Lugano im Oktober 2000 wurde darüber eine vorbildlich demokratische Debatte geführt. Vor der Basis wurde damals die liberale Haltung viel schichterner vorgetragen als jetzt im Manifest in Anwesenheit der Presse. Aber selbst diese moderate liberale Linie wurde damals in der ersten Abstimmungsrunde mit 450 zu 50 Stimmen verworfen. Die Basis der SP hat in Lugano unmissverständlich klar gemacht, dass sie genug hat von Privatisierungen, blinder Liberalisierung und vom Rückzug des Staates.

Wer verlangt, die SP solle nicht länger den Service public verteidigen, sondern die Haltung von Villiger und der FDP («Service au



Kämpferischer Linker: Der Waadtländer Nationalrat Pierre-Yves Maillard.

HANSJEU TRACHEL

public») übernehmen, hat eins nicht begriffen: Die Bevölkerung will mindestens eine grosse nationale Partei, die in dieser Frage eine andere Meinung vertritt als die führenden Kreise aus Wirtschaft, Politik und Medien.

Die Post zum Beispiel ist daran, in den Städten einen Viertel ihrer Poststellen zu streichen und hunderte mehr in ländlichen Gebieten. Dies sei nötig, heisst es, um die Kosten der flächendeckenden Grundversorgung zu decken. In Wahrheit aber verdient heute die Post schon rund 200 Millionen Franken im Jahr, vor allem dank dieser Grundversorgung. Für 2006 strebt sie gar einen Gewinn von 1,6 Milliarden Franken an! Diese Zahl wurde den Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen des Nationalrats präsentiert. Sie zeugt von einer Strategie, mit der Post an die Börse zu gehen. Wer profitiert von einer solchen Privatisierung, die zulasten der Versorgung der Bür-

gerinnen und Bürger dieses Landes geht? Die Aktionäre und Finanzkreise profitieren, niemand sonst. Ein grosser Teil der Bevölkerung hat dies eingesehen und will deshalb dafür kämpfen, dass die grossen öffentlichen Unternehmen, die zum Wohlstand unseres Landes beigetragen haben, unter öffentlicher und demokratischer Kontrolle bleiben.

Überall wo wir Verantwortung tragen, ist es unsere Aufgabe, den Staat und die öffentlichen Dienste zu modernisieren, zu demokratisieren und zu verteidigen. Die Umwandlung eines jeden Gutes und jeder menschlicher Tätigkeit in eine Ware ist ein Rückschritt der Zivilisation und nicht ein Fortschritt. Kultur, Landwirtschaft, Genüde und Kommunikation dürfen nicht eine simple Ware sein. Jene Länder, welche die Eisenbahn, den Strom und das Wasser dem Wettbewerb ausgesetzt und privatisiert haben, kennen die unheilvollen Folgen des Marktes für diese Sektoren.

Ein Blick auf die Eisenbahn in Grossbritannien oder die Stromversorgung in Kalifornien und Schweden reicht, um die Kluft zwischen liberaler Ideologie und Wirklichkeit zu erahnen. Es ist übrigens in Kalifornien, wo eine der ersten Verstaatlichungen des neuen Jahrtausends stattfanden wird: Die Behörden fassen ins Auge, das Verteilernetz dem Staat zurückzugeben. In der Schweiz wäre die Privatisierung des Hochspannungsnetzes schon im Gang, wenn nicht Gewerkschafter sowie welsche und Deutschschweizer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Referendum gegen das Strommarktgesetz ergreifen hätten. Weit über diese linken Kreise hinaus finden viele Leute, dass der ultraliberale Rückschritt inzwischen zu weit geht. Sie erwarten von der SP, dass sie handelt und diesem Treiben ein Ende setzt. Am EU-Gipfel in Stockholm wurde die totale Liberalisierung – das heisst das Verschwinden – des europäischen Ser-

vices public blockiert. Vielleicht ist das ein Zeichen für eine Trendwende, herbeigeführt durch den Widerstand aus Gewerkschaftskreisen und dem Volk.

## Es braucht Standhaftigkeit

Zum Schutz unserer lebendigen Demokratie und zur Verteidigung ihrer materieller Bedürfnisse sind viele Menschen auf eine linke Partei angewiesen, die für ein Gleichgewicht zwischen Markt und Staat eintritt, aber auch für gute Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungen, für die Immigranten und für genug Steuereinkünfte für den Staat. Dieses Land braucht die SP. Diese geht mit ihren Mitgliedern und Aktivisten demokratisch und respektvoll um und verteidigt die Arbeiterklasse, die Arbeitnehmer, die Randregionen und all das, was der Umverteilung des Reichtums dient, den gewisse Leute anhaben, während es die ganze Gesellschaft ist, die den Reichtum schafft. Rechts gibt es schon drei Regierungsparteien, links nur eine. Ohne die SP besteht unsere Demokratie nur auf dem Papier.

In diesem Moment, wo die Identität der SP von aussen und von innen hart attackiert wird, braucht die Partei Standhaftigkeit, Zusammenhalt und Entschlossenheit. Diese Entschlossenheit, die nicht immer sehr medienwirksam ist, findet ihren Ausdruck im Kampf für die AHV, im Kampf gegen die tiefen Löhne und für einen qualitativ hochwertigen Service public. Diesen Kampf müssen wir mit unseren Mitgliedern führen, mit den Gewerkschaften, mit demjenigen Teil der Bevölkerung, der an uns glaubt und der bei den nächsten Wahlen zwischen zwei Lagern zu wählen haben wird: jenen der verschiedenen Rechten und jenen der demokratischen Linken.

\*Die Autoren: Pierre-Yves Maillard, Waadtländer Nationalrat, Valère Garbin, Neuenburger Nationalrätin, Philipp Müller, Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz, Adrien Lüscher, Vizepräsident der SP-Sektion Bern Süd.

Übersetzung: PATRICK FEUZ

## KURZ BERICHTET

### BUNDESPERSONAL Keine Zulagen mehr für 2001

sda. Das Bundespersonal erhält in diesem Jahr keine weitere Lohnerhöhung. Dies hat Kaspar Wigger dem Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe mitgeteilt. Der Finanzminister verwies auf den Berechnungsfehler des Bundesamts für Statistik, nachdem der Teuerungsausgleich im letzten Herbst um ein halbes Prozent zu hoch ausfallen sei. Per Anfang Jahr hatten die rund 40'000 Angestellten der allgemeinen Bundesverwaltung einen Teuerungsausgleich von 2 Prozent und im März eine einmalige Zulage von 0,5 Prozent des Jahresgehalts erhalten. Für den Föderativverband ist dies aber nicht genügend. Mit Blick auf den Gewinn von 4,5 Milliarden Franken der Staatsrechnung 2000 wäre es an der Zeit gewesen, «die in den letzten Jahren auferlegten Lohnneubussen zu reduzieren».

### DEISS IN JORDANIEN Für Sicherheitsindex

sda. Die Schweiz unterstützt den Vorschlag, die weltweite menschliche Sicherheit in einem Index zu erfassen. Dies sagte Bundesrat Joseph Deiss an einem Ministertreffen des «Netzwerks Menschliche Sicherheit» im jordanischen Petra. Ziel des Netzwerks müsse bleiben, Einzelpersonen und Gruppen vor bewaffneten Konflikten, staatlicher Repression oder gewaltsamen Verbrechen zu schützen, sagte Deiss. Das Ministertreffen in Jordanien, bei dem auch die Situation der Kinder erörtert werden sollte, dauerte noch bis Samstag. Die Ergebnisse sollen in die Vorbereitungen für den UNO-Weltkindergipfel vom September eingebracht werden.

## Keine Eile mit neuen Bistümern

**BISTUMSARTIKEL** / Das System der Schweizer Bistümer muss überholt werden. Darin sind sich Befürworter und Gegner des Bistumsartikels einig. Neue Pläne liegen seit zwei Jahrzehnten bereit. Mit der Aufhebung des Bistumsartikels fällt ein Hindernis weg, sie zu realisieren.

STEFFEN KLATT, GENÈVE

**A**m Ursprungsort des Bistumsartikels erregt die Idee eines lokalen Bischofs noch immer Unbehagen: «Wenn in Genève ein Bistum eingerichtet würde, wäre das für uns ein Problem», sagt Joël Stroudinsky, Präsident des Rates der Genfer Protestantischen Kirche. Man müsse die symbolische Bedeutung der Stadt Calvins in Rechnung stellen. Die Ernennung eines

Bischofs stände dafür, die Reformation rückgängig zu machen. Stroudinsky's Furcht kommt nicht von ungefähr: Eine von der Schweizerischen Bischofskonferenz eingesetzte Kommission hat 1980 ein Bistum vorgeschlagen, weil die jetzige Struktur der Bedeutung Genèfs nicht gerecht werde. «Seine Errichtung gründet in der internationalen Stellung der Stadt und deren pastoralen und sozialen Sonderstellung im Westschweizer Raum.» Die Kommission schlug ausserdem vor, das Bistum Chur zu verkleinern und ein Bistum Zürich zu errichten. Zu ihm sollte auch das heute zu Basel gehörende Schaffhausen kommen. Im Innerschweizer Teil des Bistums Basel (LI, OW, NW, ZG) war das Bistum Luzern vorgesehen. Der Thurgau, heute bei Basel, käme zum Bistum St.Gallen. Unverändert blieben nur Sitten (VS) und Lugano (TI).

Begründet wurden die Vorschläge mit den Grossenunterschieden: Den Bistümern Basel, in dem mit 1,06 Millionen Mitgliedern jeder dritte Katholik lebt, Chur (746'000) und Lausanne-Genève-Freiburg (638'000) stehen die kleinen Bistümer Sitten, Lugano und St.Gallen (221'000 bis 276'000) gegenüber. Während die einen zu gross und zu verschiedenartig seien, um eine übersichtliche Verwaltung und persönliche Kontakte der Bischöfe zu den Gemeinden und Seelsorgern zu ermöglichen, seien die andern zu klein, um ihrer Führung ein genügendes Arbeitsfeld, ihren Seelsorgern Spezialisierungen und ihrer Verwaltung die Finanzen zu gewährleisten, heisst es im Bericht.

### Rom kann allein entscheiden

Heute erklärt die Bischofskonferenz zwar, dass der Bericht nicht mehr aktuell sei, Bistumsgründungen nicht unmittelbar bevorstünden. Aber noch immer gilt die Forderung des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-65), die Bistumsgrößen zu überprüfen. Bisher hat der Bistumsartikel neben der generellen Furcht vor Neuerungen – ein Hindernis für die Reorganisation dargestellt. Diese müsste vom Bund genehmigt werden und bürgte damit das Risiko des politischen Scheiterns. Ohne ihn fällt «die Kompetenz der Errichtung von Bistümern in die Kompetenz des Heiligen Stuhls», sagt der Basler Bischof Kurt Koch.

Es ist also der Papst, der Bistümer errichtet. Das Konzil sieht dabei aber die Mitwirkung der Bischofskonferenz vor, und diese versichert, nichts zu tun, «ohne unsere Partner zu befragen (Konfessionen, Behörden usw.)». Für die vollkommene Garantie der Bistümer gebe es zudem nur den Weg über ein Konkordat, fügt Bischof Koch an. Und Konkordate verstehen dem fakultativen Referendum – das Volk kann also auch nach dem 10. Juni reden. Zeitigert nicht gerade das Erzbischof Vaduz, wozu der Papst hätte nicht, wenn ihn kein Bistumsartikel hindert? «Für mich ist es undenkbar, dass der Papst ohne die Zustimmung des Fürsten gehandelt haben sollte», sagt Koch.

### Thurgau als Versuchsfeld?

Die Reorganisation der Bistümer beginnt nicht am Tag nach der Abstimmung. «Falls eines Tages eine neue Diözese errichtet werden müsste, so nähmen die Abklärungen dazu lange Zeit in Anspruch», erklärt die Bischofskonferenz. Zudem hat bereits die Kommission von 1980 ein schrittweises Vorgehen empfohlen. Begonnen wird sicherlich dort, wo der Widerstand am geringsten ist. Als Versuchsfeld böte sich der Thurgau an. Hier müsste kein neues Bistum errichtet werden, beide Bistümer sind durch Konkordate gesichert, die Mitwirkung der Kantone damit gewährleistet. In Zürich und Genève wäre dies nicht der Fall, auch bilden beide Städte Symbole der Reformation.

## Zum Hinschied von Leonhard Haas

Wie wir erst kürzlich erfahren haben, ist bereits vor einiger Zeit Prof. Leonhard Haas, alt Bundesarchivar, in hohem Alter in Luzern gestorben.

Leonhard Haas (\* 28. 9. 1908 in Emmenbrücke) studierte in Zürich, Lausanne, Paris und Wien Geschichte und französische Literatur. 1935 trat er ins Schweizerische Bundesarchiv ein. 1954 wurde er zum Nachfolger von Bundesarchivar Prof. Léon Kern ernannt, und von da an leitete er bis zu seiner Pensionierung 1973 das Bundesarchiv. Nach seiner Habilitation an der Universität Freiburg i. Ue. lehrte er bis 1978 an der ETH Zürich neuere, insbesondere russische und sowjetische Geschichte. Schwerpunkte seiner Forschungen bildeten die diplomatische Geschichte der Schweiz, die Edition unbekannter Lenin-Briefe sowie die Biografie über den Arbeiterführer Carl Vital Moor.

Haas verkörperte an höchster Stelle die Tradition des Historiker-Archivars. Er setzte sich erfolgreich dafür ein, die Akten der eidgenössischen Behörden der Forschung zugänglich und das Bundesarchiv zu einer Forschungsstätte zu machen. Er unterstüzte nach 1967 Edgar Bonjour's Dokumentation der Schweizer Neutralitätsgeschichte während des Zweiten Weltkriegs. Leonhard Haas leitete eine grundlegende Reform des Archivwesens ein. Nach seiner Pensionierung blieb Haas dem Bundesarchiv verbunden und widmete sich bis ins hohe Alter seinen historischen Forschungen.

Christoph Graf, Direktor des Bundesarchivs

## KURZ BERICHTET

### BESCHWERDERECHT Nicht einschränken

ap. Die nationalräthliche Kommission für Rechtsfragen will die Bestimmungen zur Umverteilung der Beschwerderechte nicht einschränken. Sie lehnte gestern eine entsprechende Motion des Ständerats zur Beschleunigung der Bewilligungs- und Beschwerdeverfahren mit 17 zu fünf Stimmen ab. Die Umverteilung der Beschwerderechte trage zu einer sorgfältigen Planung der Projekte bei. Die langen Entscheid- und Beschwerdeverfahren könnten nicht dem Verbandsbeschwerderecht angelastet werden.

### BAUERNVERBAND Gegen EU-Import

ap. Die Schweizer Bauern sind gegen die Aufhebung des Importverbots für Lebendtiere aus dem EU-Raum. Der Schweizerische Bauernverband und die Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Rindzüchter wollen die Grenzen nur gegen Gegenrecht wieder öffnen. Der Entscheid des Bundesamtes für Veterinärwesen (Bvet), den Import wieder zuzulassen (vgl. «Bund» von gestern), sei unverständlich und nicht akzeptabel.

### YESLAM BIN LADEN Eingebürgert

sda. Der in Genève wohnhafte saudische Millionär Yeslam Bin Laden wird Schweizer. Der Genèver Grosse Rat hat den Halbbruder des mutmasslichen Terroristen Osama Bin Laden gegen den Willen der Kantonsregierung eingebürgert. Das Parlament hielt einen Rekurs Bin Ladens gegen seinen negativen Eingebürgersentscheid der Regierung zu.